

## ***KGW's Rundschreiben***



21.01.2015  
Seite 1 von 5

Auch in diesem Jahr möchten wir Ihr Partner sein, wenn es um den Bezug rost- und säurebeständiger Flachprodukte geht. Deshalb gehört es zu unserer Unternehmenskultur, sich am Markt zu orientieren und die Impulse zu begleiten, die Sie als Kunde uns vorgeben. Gegenseitiger Respekt und Wertschätzung ist Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die rosigen Zeiten (falls es sie je gab) am Edelstahlmarkt sind seit geraumer Zeit Vergangenheit. Umso mehr werden wir auf Ihre Bedürfnisse eingehen und die Partnerschaft auch in diesem Jahr pflegen. Wir halten, was wir versprechen!

### **Deutschland in Europa und der Welt**

Die schwerste Schuldenkrise der Nachkriegszeit ist noch nicht „abgearbeitet“, aber uns Deutsche hat sie ja bisher ohnehin nicht sonderlich berührt.

Im ihrem Herbstgutachten haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute der deutschen Wirtschaft einen Trend nach unten vorausgesagt. Aus der führenden Koalitionsriege gab es dafür mächtig Kritik.

Die Ökonomen streiten sich über den Trend Inflation oder Deflation. Wir alle bemerken auf Grund gesunkener Energiepreise (das Fass Erdöl kostet derzeit ca. 50 US-\$) gesunkene Preise an den Tankstellen. Gewiss sollte diese leichte Deflation nicht panisch machen. Die EZB (Europäische Zentralbank) versucht deshalb gegenzusteuern und strebt Preissteigerungen (Inflation) von 2% in diesem Jahr an. Bei dem Begriff Weltwirtschaftskrise reagieren wir Deutsche sensibel. Damals führten sinkende Preise zu Massenarbeitslosigkeit und verhalfen den Nationalsozialisten zum Aufstieg. Heute sinken die Kosten der Unternehmen durch die leichte Inflation. Die Exporte verbilligen sich, wovon hoffentlich auch die Krisenländer Südeuropas partizipieren können. Mario Draghi (führt die EZB seit November 2011) favorisiert eine expansive Geldpolitik. Er will keine Schulden abbauen (und sparen), sondern die Märkte mit Geld überfluten, um dadurch zu wachsen. Die Gefahr ist groß, dass dadurch die Schuldenfalle schneller und lauter zuschnappt.

Die Weltwirtschaft lahmt aktuell und deshalb wird für die deutsche Wirtschaft nur ein Wachstum von 1,1 - 1,2 % vorausgesagt. Cash ist in den Unternehmen vorhanden, aber es wird nur zögerlich für Investitionen eingesetzt. Da es der Wirtschaft unserer Nachbarn schlechter geht als uns, kann man nicht von einer Erholung von der Krise sprechen.

Als Folge für den Arbeitsmarkt werden für dieses Jahr ca. 56.000 Arbeitslose mehr erwartet. Einen gehörigen Anteil daran hat der Mindestlohn, der gering Qualifizierten den Job nimmt und sie als Arbeitslose abstempeln wird. In Deutschland führt das Altern der Bevölkerung und die Tatsache, dass man Fachkräfte in Rente schickt, zu einem sinkenden Angebot an qualifizierten Mitarbeitern. Steigende Löhne und Gehälter sind die Folge. Ebenso die Verteuerung der Sozialversicherungen.

In den USA wird es wahrscheinlich Mitte dieses Jahres zu einer Zinswende kommen. Auf Grund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus in Europa bleibt der Zinsunterschied zu Amerika der gleiche. Bis Jahresende 2015 sagt man eine gleichbleibende Euro-US-\$-Parität von 1,15 voraus. Auch wenn China versucht, den Renmibi (= chinesische Währung) weltwährungsfähig zu machen, bleibt der US-\$ auch künftig die wichtigste Währung der Welt. Der Druck von Euro und Renmibi auf den US-\$ sorgen dafür, dass er auch künftig nicht in einen Höhenflug verfallen wird.

2013 hat die Bundesbank (die den zweitgrößten Goldschatz der Welt hat) damit begonnen, ihre in London, Paris und New York lagernden Goldschätze nach Deutschland zurück zu holen. Bis zum Jahr 2020 soll die Hälfte der ca. 3.400 Tonnen wieder nach Deutschland heimgekehrt sein. Der Grund für diese Aktion ist sicher ein gesundes Misstrauen gegenüber denen, die für uns einlagern. Auf der anderen Seite sollte an der Integrität der Partner nicht der geringste Zweifel bestehen. Warum überhaupt ausgelagert wurde, hat historische Gründe. Die Bank Deutscher Länder (Vorgängerin der Bundesbank) baute ab Mitte 1951 Goldreserven auf. Das Wirtschaftswunder in den 50er und 60er Jahren war schuld, dass der Deutsche Goldschatz rasant anwuchs. Der Goldpreis unterliegt starken Schwankungen.

Er hatte Ende November 2014 einen Wert von ca. 105 Milliarden Euro. In Krisenzeiten kann man Gold beleihen oder in andere Währungen tauschen. Deshalb bleibt auch künftig ein Teil in den jetzigen Depots.

Die Probleme, die Europa mit den Griechen hat (oder umgekehrt), sind hinreichend bekannt. Der deutsche Dichter Johann Wolfgang von Goethe (1749-1823) erkannte bereits, dass es Daydreamer waren: „Unter allen Völkern haben die Griechen den Traum des Lebens am schönsten geträumt.“ Am kommenden Sonntag sind Wahlen in Griechenland und der linke Politiker Alexis Tsipras hat gute Chancen, die Wahl zu gewinnen. Mit seinen Absichten, Sparvereinbarungen aufzuheben, die mit der Troika vereinbarten Kreditverträge zu kündigen und einen umfangreichen Schuldenschnitt zu fordern, will er Wählerstimmen gewinnen. Damit wird er sich aber keine Freunde bei den anderen europäischen Gläubigerländern machen, denn die werden ein nachhaltiges Wachstum in Griechenland fordern und eine Zusage, die aufgelaufenen Schulden (die ohnehin - ohne Zinsen zu zahlen - erst in 80 Jahren bezahlt werden könnten) zu bedienen. Real wird es wohl auf einen Schuldenschnitt hinaus laufen, was erhebliche einmalige Verluste für die Geberländer bedeuten würde. Sollte es auf einen Austritt aus der EU hinauslaufen, müssten die Griechen wieder die Drachme einführen. Es ist fraglich, ob dadurch der Reformdruck abnehmen würde. Aber sicherlich wäre Inflation die Folge, was einen massiven Einbruch im Lebensstandard der Bevölkerung bedeuten würde. Die betuchten Griechen haben schon längst ihr Kapital abgezogen und am Weltkapitalmarkt wäre man isoliert. Auf der anderen Seite würde der Schuldenberg ja nach wie vor bestehen. Und wenn man diesen in Drachmen statt in Euro zurückzahlen müsste, wäre es noch schmerzlicher. Man weiß mehr, wenn die Parlamentswahlen abgeschlossen sind und die neue Regierung in Athen gebildet wurde. Das IfO-Institut hat bereits errechnet, dass der „GREXIT“ (Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone) jeden Bundesbürger durchschnittlich 935 € kosten würde.

Der Präsident der EZB, Mario Draghi, hat mit seiner Politik der niedrigen Zinsen, des Ankaufs von Staatsanleihen, sowie der Flutung mit billigem Geld, für den Absturz des Euro gesorgt. Ihm ist es zu verdanken, dass sich Sparen nicht mehr lohnt und viele bei dem Wort Altersvorsorge mit Bangen die Stirn runzeln. Das Misstrauen gegenüber dieser Politik hat die Schweizer Notenbank gezeigt, als sie kürzlich die Bindung des Franken an den Euro aufgehoben hat. Sie ist nicht mehr bereit, weitere Euro zu kaufen, um den Festkurs von mindestens 1,20 Franken/Euro zu halten. Dieser Schritt der Schweizer rüttelte ebenfalls am Euro und lies ihn einbrechen. So wurde der Franken erheblich teurer und nach der Entscheidung fiel der Euro zum Dollar auf den tiefsten Stand seit 2003. Die Entscheidung der SNB (Schweizer Nationalbank) wird ein Schrumpfen der schweizerischen Exportwirtschaft um mindestens 5 Milliarden Franken zur Folge haben. Für uns werden die Produkte aus der Schweiz und der Urlaub in der Schweiz teurer. Das Positive ist, dass die deutschen Exporte in die Schweiz künftig leichter fallen. Viele Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben in der Vergangenheit Kredite in Schweizer Franken aufgenommen. Gewiss hat man das gemacht, um Geld zu sparen. Durch die Entscheidung der SNB wird es für alle Kommunen, die das gemacht haben, richtig teuer. Aktuell würde z.B. die Stadt Witten ca. 2,5 Millionen Euro verlieren.

Wenn man die Experten fragt, wie Europa aus der Krise kommen kann, dann sind sich alle einig: durch mehr Wachstum. Anschließend gehen die Meinungen aber auseinander und man fragt sich „muss man sparen, um wachsen zu können oder wachsen, um sparen zu können?“. Überlässt man die Verantwortung dem Staat (Erhöhung der Staatsschulden) oder setzt man auf Markterweiterung und mehr Wettbewerb? Der Präsident der Harvard Universität, Prof. Larry Summers, ist der Ansicht, Schulden nicht weg zu sparen, sondern aus ihnen heraus zu wachsen. Investitionen in Infrastrukturen sollten mit neuen Schulden das Wachstum ankurbeln. Geringe Zinsen in Europa zeigen, dass genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Bei der deutschen Bundeskanzlerin wird man allerdings ohne das Wort Sparen nichts erreichen.

Mit vielen Maßnahmen hat man versucht, die Krise zu bewältigen. Bisher erfolglos. Deshalb muss die Frage erlaubt sein: haben wir nicht mit allen bisher fehlgeschlagenen Stützungen, Rettungsschirmen und dergleichen die Übersicht verloren?

### Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Wenn man den europäischen Edelstahlmarkt am Anfang und Ende des Jahres 2014 betrachtet, kann man im Grundpreis sowie LZ keine wesentliche Veränderung erkennen. Das Mengenaufkommen war allerdings größer. Mit glänzenden Augen denken wir an die Zeit vor der Wirtschaftskrise im Jahre 2008. Der Edelstahlmarkt hat sich zwar erholt, liegt aber deutlich unter früheren Jahren. Für 2015 sehen wir keine weitere Erholung bzw. Anzeichen der Besserung. Das liegt in erster Linie daran, dass Überkapazitäten die Preise drücken.

ThyssenKrupp konnte das Edelstahlwerk in Brasilien bisher noch nicht verkaufen, weil der Preis nicht stimmte. Darüber hinaus musste man einen Teil der Edelstahlsparte von Outokumpu zurück kaufen, weil man sich dort bei der Übernahme schlicht „verhoben“ hat. Auf Sicht will man sich bei ThyssenKrupp vom Edelstahl verabschieden. Die Fusion mit Outokumpu sollte marktberreinigend wirken und Überkapazitäten abbauen. Viel ist davon im Augenblick noch nicht zu spüren.

Gegen China und Taiwan hat die EU-Kommission ein Anti-Dumping-Verfahren gegen Edelstahlunternehmen eingeleitet. Man begründet das damit, dass man bei Herstellern von kaltgewalzten Flacherzeugnissen aus rost- und säurebeständigem Edelstahl Dumpingpreise vermutet. Man wirft den asiatischen Produzenten vor, die Märkte mithilfe von staatlichen Subventionen mit Preisen unterhalb der Herstellungskosten zu unterlaufen. Sollte das Verfahren für die Antragsteller positiv verlaufen, würde auf entsprechende Produkte ein Anti-Dumping-Zoll erhoben.

### Die Rohstoffmärkte

Das wichtigste Legierungselement zur Herstellung von Edelstahl Rostfrei ist Nickel. Die Preisentwicklung gibt die beiliegende Übersicht wieder. In diesem Jahr verlor der Kurs für Nickel bis zu 15%. Eine plausible Erklärung dafür gibt es nicht. Würde man die nachlassende Dynamik des chinesischen Marktes sehen, wäre das sicherlich zu einfach. Für dieses Jahr sind massive Preisausschläge nach oben oder unten nicht zu erwarten.

Der Molybdänpreis zeigt sich ebenfalls lustlos und „plätschert vor sich hin“. Der Trend ist ähnlich wie bei Nickel zu sehen.

Für das 1. Quartal 2015 wurden die Chromstahlpreise bereits um 6% reduziert. Zusammenfassend kann man sagen, dass die aktuellen Rohstoffpreise die Grundpreise für rost- und säurebeständige Flachprodukte (Bleche und Bänder) nicht oder nur kaum verändern werden.

### Währungen und Rohstoffe im Vergleich, Stand 20.01.2015

Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
1.156	14.540	14.600	418.062	1.259	1.775



### Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2014 €/to	tiefst 2014 €/to	Jan 2015 €/to	Feb 2015 €/to	Mrz 2015 €/to	Apr 2015 €/to	Mai 2015 €/to	Jun 2015 €/to	Juli 2015 €/to	Aug 2015 €/to	Sep 2015 €/to	Okt 2015 €/to	Nov 2015 €/to	Dez 2015 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 400	Dez. 330	330											
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.350	Dez. 1.050	1.080											
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Mai 1.760	Dez. 1.490	1.500											

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

### In eigener Sache

Am 19./20.01.2015 haben wir das Überwachungsaudit nach DIN EN ISO 9001:2008 (Qualität) und EN ISO 14001 (Umwelt) erfolgreich absolviert. Unser aktuelles Zertifikat ist gültig bis 10.02.2017.

### Das KGW-Team